

Geschäftsführer Sebastian Chwala

Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 11. Mai 2017

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 5.5.2017

SPD, CDU und Grüne bleiben trotz Haushaltskürzungen bei 1,5-Mio-Spende an Pohl-Stiftung. Stadtverordnetenvorsteherin untersagt Nachfragen zu OB-Bericht über "Marbuch Verlag"

Einer für Marburger Verhältnisse eher kurzen, aber letztendlich doch erkenntnisreichen Sitzung des Stadtparlaments konnte man letzten Freitag beiwohnen. So gab es nur eine Aussprache, nämlich zum Antrag der Marburger Linken: „Geschenkt ist geschenkt“ – Keine Spende in Höhe von 1.5 Mio. Euro an die Dr. Reinfried Pohl-Stiftung.

Für die Marburger Linke sprachen Renate Bastian und Jonathan Schwarz. Die Argumente: 1. Private Spender verfolgen häufig das Ziel, Einfluss auf die Kommunalpolitik zu nehmen. Die Marburger Linke setzt sich stattdessen für eine Erhöhung der Gewerbesteuer ein, damit das Parlament autonom über die Verwendung von öffentlichen Mitteln entscheiden kann. 2. Die Stadt hat eine Quittung über die Spende ausgestellt, sie wurde steuerlich begünstigt, also hat der Spender bereits aus Steuermitteln Geld zurück bekommen. 3. Der ursprüngliche Spenderwille – Schrägaufzug in die Oberstadt - wurde nicht umgesetzt und die Mittel wurden mit seiner Einwilligung in der Altenhilfe sowie der Jugend- und Flüchtlingsarbeit eingesetzt. Die 4 Millionen Euro wurden komplett ausgegeben. 4. In Zeiten der Mittelkürzungen für soziale und kulturelle Einrichtungen und fünf Jahre nach Eingang der Spende ist es unverantwortlich, auf Wunsch der Erben 1,5 Millionen Euro an die Pohl-Stiftung zu spenden. 5. Auch wenn im Haushalt 2017 diese Summe als Spende vorgesehen ist, ist der Magistrat nicht verpflichtet das Geld auszugeben.

Der Pirat trat dem Antrag der Marburger Linken bei. Die übrigen Fraktionen des Stadtparlaments (SPD, CDU, Grüne und die kleinen Fraktionen) lehnten ihn ab, nahmen aber nicht an der Debatte teil. Da sie bei der Haushaltsdebatte einen Monat vorher noch für Haushaltskürzungen plädiert hatten, war es ihnen offensichtlich peinlich, eine Millionen-Spende an die Pohl-Stiftung zu verteilen. Lediglich OB Spies äußerte sich und sprach sich für die Auszahlung der Spende aus.

Ein zweiter Konfliktpunkt des Nachmittags war das Thema „Marbuch Verlag“. So hatten die Stadtwerke Marburg seit Ende des letzten Jahres angestrebt, besagten Verlag zu kaufen, für eine Übergangszeit wie es hieß. Die damalige Begründung lautete, dass die Fortexistenz des Verlages und damit die Ausrichtung des Stadtfestes „Drei Tage Marburg“ gefährdet sei. So hatte die Zeitschrift „Express“, die im Marburg Verlag erscheint, in der Vergangenheit das Fest organisiert. Kurzfristig sei das nicht anderweitig zu leisten. Bedenken waren laut geworden, das zuständige Regierungspräsidium erklärte diesen Plan für rechtlich nicht durchführbar. Worauf man sich für eine andere Lösung entschied. Der „Marbuch Verlag“ blieb zwar rechtlich ein privat wirtschaftendes Unternehmen, Norbert Schüren, der Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke und graue Eminenz der Marburger SPD, fungiert aber weiterhin als Geschäftsführer. Die Vermutung der An-

tragsteller, dass es sich um eine weitere öffentliche Plattform für die Selbstdarstellung des Magistrats handelt, liegt nahe. Die FDP/MBL forderte ausführliche Information.

Im Haupt- und Finanzausschuss war der entsprechende Antrag als erledigt erklärt worden. Üblich ist in dem Fall, dass die antragstellende Fraktion noch einmal im Parlament Stellung nehmen kann. Unüblich war, dass es für die anderen Parlamentarier*innen keine Möglichkeit zur Nachfrage gab, auch nicht zur sehr ausführlichen Stellungnahme des OB. In zwei persönlichen Stellungnahmen am Ende der Tagesordnung kritisierten Henning Köster und Lise Kula diese Einschränkung der Rechte der Stadtverordneten, sich zum Thema nicht wenigstens in Form einer Nachfrage äußern zu können. Sie forderten eine demokratische Debattenkultur ein. Hierauf gab es am Rande der Sitzung positive Reaktionen aus der CDU und der FDP. Der Grüne McGovern forderte dazu eine Diskussion in einer der nächsten Sitzungen des Ältestenrats.

Es steht zu befürchten, dass der Magistrat das Parlament zunehmend als Bühne zur Selbstdarstellung nutzen will. Die Parlamentarier*innen werden auf ihrem ureigenen Terrain zurückgedrängt. Dies gilt auch für die beschlossene Einwohner*innen-Sprechstunde, die ab der nächsten Sitzung am 30. Juni eingeführt und erprobt werden soll. Die Fragen richten sich nach der Vorgabe an den Magistrat, die Stadtverordneten haben eher eine Statistenrolle. Dieses Modell soll aber nach einer Anlaufzeit überprüft werden.

Ohne Aussprache, dafür einstimmig, wurde unser Antrag „Entschädigung von Fahrgästen im Falle eines Streiks“ angenommen, der den Magistrat dazu auffordert, sich im Aufsichtsrat des RMV für eine Entschädigung der Fahrgäste im Falle eines Streikes, einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Eure Fraktion der Marburger Linken

Jan Schalauske

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr

Roland Böhm

Henning Köster-Sollwedel

Elisabeth Kula

Jonathan Schwarz

Inge Sturm